

Liberaler Impulse

Aktuelle Fragen aus Wirtschafts-, Sozial-, Europa- und Sicherheitspolitik

Wien, Dezember 2008 Nr. 04/08

Wolfgang A. Wiesner

Gedanken zur Wirtschaftskrise Ein Beitrag zum Thema Ethik und Wirtschaft

Einleitend möchte ich Herrn Univ. Prof. Bendixen zitieren, der immer wieder darauf hingewiesen hat, dass es sich bei „Wirtschaft“ um ein zukünftiges Geschehen handelt. Sämtliche Entscheidungen, Planungen, Berechnungen und auch natürlich die ökonomischen Theorien sind auf etwas Zukünftiges, auf etwas, was erst werden soll gerichtet. Dies sollten wir niemals vergessen, wenn wir von Formeln und Computerprogrammen hören, deren Berechnungsergebnisse die Welt gestalten sollen. Gerade in unseren Tagen können wir erleben, wie wenig diese Rechenprogramme taugen. Vergessen wir auch nicht, dass die Wirtschaft zuerst mit einem Denkprozess beginnt die daran knüpfende Umsetzung jedoch ein Mix aus Erfahrung und Kommunikation ist. Dies kann niemals eine bloße Berechnung ersetzen. Am Ende eines Prozesses steht diesfalls noch immer der Mensch mit seiner Handlungsalternativen!

Entwicklungen wie Migration, Internationalisierung, Globalisierung, demografischer Wandel und Veränderungen der gesellschaftlichen Wertsysteme werfen dementsprechend eine Reihe von neuen und für die Bewältigung von Managementaufgaben in Organisation wichtiger Forschungsfragen auf, denen wir uns zu stellen haben.

Es sollte uns zu denken geben, wenn eine steigende Zahl von Menschen sich von den Erfolgen der Marktwirtschaft ausgegrenzt sieht und dieser zusehends skeptisch gegenüber steht. Der deutsche Wirtschaftsethiker Christoph Lütge zeigte bei den Alpbacher Wirtschaftsgesprächen auf, dass 37% der Deutschen Gewinne für moralisch verwerflich empfinden! 2/3 behaupten, dass die Unternehmen ihre soziale Verantwortung nicht ausreichend wahrnehmen. Diese Aussagen sollten nicht einfach hingegenommen werden!

Management und Wirtschaftsthemen sind eng mit dem Begriff des Geldes verbunden, sollten jedoch auch niemals den so wichtigen Begriff der Ethik vernachlässigen.

Geld wurde in der heutigen Zeit auf einen völlig abstrakten Begriff reduziert, bar jeden Deckungswertes! Geld dient nur mehr zu Zahlenspielen und gerade diese Spiele vernichten ganze Existenzen. Die so genannten Geldmonopolbehörden – gemeint sind die Zentralbanken – haben das Geld „verbilligt“. Dies führt zu einer Goldgräberbestimmung, in der sämtliche kritischen Überlegungen über Bord geworfen werden. Leichtsinn gewinnt die Oberhand! Das Staatsversagen führte zu einer verfehlten Geldmengenspolitik.

In den 90er Jahren wurden wir von Angloamerikanischen Freunden über die Aufstellung unserer Bilanzen ausgelacht. Sie warfen uns vor, dass diese nicht lesbar seien und dass nur mit vielen Nebenrechnungen und mit viel Zeit die so genannten Stillen Reserven erfasst werden könnten. Ausgerichtet waren unsere Bilanzen auf Gläubigerschutzbestimmungen. Sie waren jedoch stets vom Vorsichtsprinzip und vom Verbot des Ausweises von nicht realisierten Gewinnen getragen.

Durch die Einführung IFRS wurden die angloamerikanischen Bilanzierungsregeln teilweise übernommen und gerade dies, wie man sieht, führt zu den gegenwärtigen Krisen der großen Unternehmungen. Diese Bilanzierungsregelungen sollten zwar zu einem „*true and fair view*“ über die Lage eines Unternehmens führen, aber erlauben auch den Ausweis von nicht realisierten Gewinnen in der Bilanz. So wurden z.B. Immobilien die seinerzeit günstig angeschafft wurden massiv aufgewertet und auch Beteiligungen die günstig erworben wurden sind durch irgendwelche Börsenachrichten aufgewertet worden. Man hat das Gefühl, dass die ganze Wirtschaft in eine Aufwertungsspirale gedreht wurde. Kritisch wurde es, als diese Aufwertungsgewinne nicht mehr den Buchgewinnen entsprachen und auch als Bemessungsgrundlage für Ausschüttungen herangezogen wurden.

Gerade diese Spirale führte zu der uns allseits bekannten, vorherrschenden

Finanzkrise. Wenn auch diese Finanzkrise von Amerika ausgeht, ist sie jedoch hausgemacht. Man vergisst gänzlich, dass die Basis des Geldes nur die Realwirtschaft sein kann! Dieser Drang und die Erwartungshaltung an das Geld, sich unbegrenzt ausweiten zu können führt vielfach zu leichtfertiger Aufnahme von Schulden.

Die teleologische Ableitung des Wortes „Schuld“ lässt sich geschichtlich wie folgt darstellen: Im Altertum wurden den Göttern Opfergaben dargebracht um eine gute Ernte, ein schönes Wetter oder z.B. gute Gesundheit zu erheischen. Die Menschen waren der Meinung, sie schuldeten diese Gaben gleichsam den Göttern.

In späterer Zeit, im Christentum wurde diese Schuld zur Ur-Schuld erklärt, die nicht mehr einlösbar wird. Dies insbesondere dadurch, dass Gottes Sohn sich für uns geopfert hat.

Auch durch das heutige Verschulden entsteht eine nicht mehr einlösbare Schuld. Diese nicht mehr einlösbare Schuld geschieht vielfach nicht nur monetär sondern auch an der Natur und insbesondere an den nächsten Generationen. Der so genannte „Generationenvertrag“ hat seine Gültigkeit verloren.

Es ist also höchste Zeit, dass das so genannte ethische Management und ethische Wirtschaften in den Vordergrund gesetzt wird. Alle die vorweg angeführten Beispiele und Umstände sollten uns alle zum Denken anregen. Dies insbesondere auch zu einem Denken, das nicht alles, was vorteilhaft und sogar klug erscheint ethisch sein muss!

Abschließend meiner kurzen Ausführung sollte festgehalten werden:

In den Vordergrund gestellt werden muss eine umfassende Managementschulung, die unbedingt auch getragen werden muss von ethischen Grundsätzen. Blickt man zB auf die gegenwärtige Politik bzw. die Regierungspolitik, so kann ohne weiteres die Frage gestellt werden, ob die Mehrzahl von Politikern je etwas von einer Unternehmensleitung oder Geschäftsführung gehört haben. Politiker werden zwar wiederholt in Rhetorikkurse gesteckt aber richtiges Managementverhalten ist eben mehr als eine gute Rhetorik!

Manchmal scheint es, die Politik bekämpft nicht die Ursachen der Krise sondern die Folgen des Versagens! Dazu kommt noch, dass gerade jene Handlungen vorgenommen werden, die normalerweise als Krisenauslöser gelten: noch mehr Geld und niedrige Zinsen! Es muss unbedingt ein ethisches Managementbewusstsein verlangt werden, ein Bewusstsein, dass sehr viel mit Verantwortung und Verantwortlichkeit zu tun hat. Es geht hier um Werte und Grund

haltungen, auf denen menschliches Verhalten basiert. Ethik bietet keine fertigen Antworten und liefert auch keine konkreten Handlungsrezepte. Aufgabe der Ethik ist es, Fragen zu stellen, zu hinterfragen, was z.B. vorher fraglos

war, Antworten „fragwürdig“ zu stellen und somit diskussions- und begründungspflichtig. Ethische Grundwerte können nicht angeordnet, sondern nur durch überzeugte und eigenverantwortliche Menschen gelebt werden!

Univ.-Doz. MMag. DDr. Wolfgang A. Wiesner
ist Wirtschaftstreuhänder und
Mitglied des Vorstandes des ILP

Einbegleitung zum Thema Hamas

Über die „Bewegung des islamischen Widerstandes“ – besser bekannt als „Hamas“ wird zwar oft berichtet, doch ist bei uns wenig über sie bekannt.

Sowohl von den USA als auch von der EU wird die Hamas als terroristische Organisation eingestuft. Wohl zu Recht, so wie seinerzeit auch die PLO eine war.

Andererseits ist die Hamas 2006 in einer ziemlich freien demokratischen Wahl in den Palästinensergebieten als Siegerin mit absoluter Mehrheit hervorgegangen. Im Gaza-Streifen hat sie auch die Macht übernommen, während in Cisjordanien nach wie vor die PLO regiert.

Die Charta der Hamas (aus 1988) ist voller antijüdischer und antisemitischer Rhetorik. Aber – so sagen Wohlmeinende – die Hamas-Funktionäre berufen sich nicht mehr darauf. Denn die Hamas sei pragmatisch geworden. Anstatt – wie in den achtziger und neunziger Jahren den „Jihad“ zu predigen, stünden nun praktisch-politische Überlegungen im Vordergrund.

Es gibt aber genug Argumente, um darzustellen, dass die Hamas trotz alledem immer noch eine terroristische Organisation ist. Insbesondere tut sich das offizielle Israel damit schwer, die Hamas zur Kenntnis zu nehmen.

Die zentrale politische Frage ist die, ob man, d. h. z. B. die EU, mit der Hamas verhandeln soll oder ob auch für sie gelten muss, dass es mit Terroristen keine Verhandlungen geben darf.

Wir haben ein Studienpapier von Fritz Edlinger, dazu erhalten. Edlinger hat sozialdemokratischen Hintergrund und ist Generalsekretär der Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen. Er darf zu den besten Kennern der arabischen Welt in Österreich gezählt werden.

Erich Reiter

Plädoyer für einen realistischeren Umgang Europas mit der Hamas

Positionspapier

Ausgangsthese:

Niemand hat etwas von einer totalen Ausgrenzung/Kriminalisierung der Hamas. Man kann nicht 50% eines Volkes außer Acht lassen. Einflussnahme durch Einbindung und Dialog ist möglich und notwendig! Eine diesbezügliche österreichische Initiative würde in Europa nicht allein stehen und entspricht zudem der traditionellen österreichischen auf Dialog und Ausgleich ausgerichteten Nahostpolitik.

Entgegen der von zahlreichen internationalen Nahostexperten geäußerten Ansicht, dass eine totale Ausgrenzung der Hamas wenig zielführend und kontraproduktiv sei, hat sich die offizielle EU-Außen- und Sicherheitspolitik

dem von Israel und den USA proklamierten und implementierten Boykott der Hamas sowie des seit Juli 2007 von der Hamas kontrollierten Gazastreifens weitgehend angeschlossen.

Dazu wenige Zitate:

Marti Ahtisaari: „Nobel Peace Prize winner Martti Ahtisaari on Saturday criticized the Western boycott of Palestinian militant group Hamas“.

Crisis Group: Ruling Palestine I: Gaza under Hamas. Middle East Report No. 73, 13 March 2008: „The policy of isolating Hamas and sanctioning Gaza is bankrupt and, by all conceivable measures, has backfired.“

Malcom Bruce (Liberal Democrat British MP, head of the International Development Committee House of

Commons): „We're saying the situation is unsustainable and the government's refusal to talk to Hamas could be counterproductive...The clear message is that if this goes on for much longer it will effectively collapse the Palestinian state.“

Karin Kneissl: „Es ist schlicht dumm, diplomatische Kontakte in Krisenzeiten abubrechen,... Jeglichen Kontakt zur Hamas abubrechen, war ein Fehler, der ebenso in einem Chaos münden wird, wie dies in den 1990er-Jahren bereits Algerien erfahren musste.“

„Frankreich: Kuchner bestätigt ‚Kontakte‘ zur Hamas“: „Wir müssen in der Lage sein, miteinander zu reden“, erklärte der französische Außenminister seine Initiative. Das erste Treffen hat bereits vor gut einem Monat im Gazastreifen stattgefunden“.

Charakterisierung der aktuellen Situation in Palästina

Der für viele überraschende Wahlerfolg der Hamasliste „Change und Reform“ bei den PLC-Wahlen 2006 war – vereinfacht – vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen: Auf den fortschreitenden Vertrauensverlust der Fatah (Schlagworte Miss- bzw. Vetternwirtschaft, Korruption) sowie auf die Anerkennung der jahrelangen Basisarbeit der Hamas, vor allem auf dem Sozial- und Bildungssektor. Natürlich war und ist auch die weitverbreitete Frustration der Bevölkerung über den offensichtlichen Fehlschlag des 1993 spektakulär eingeleiteten „Friedensprozesses“ ausschlaggebend für diesen Stimmungsumschwung. Dieser hält trotz mancher Enttäuschungen über die Hamas im Großen und Ganzen bis zum heutigen Tag an. Die Zustimmung zu den beiden Hauptfraktionen hält sich de facto die Waage, d.h. man kann von zwei etwa gleich großen politischen Blöcken ausgehen. Die anderen politischen Parteien spielen kaum eine Rolle (in diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass die Partei „der Dritte Weg“, für die Ministerpräsident Salam Fayyad 2006 kandidiert hat, lediglich zwei Sitze erreicht hat!).

Diese Situation hat sich auch nach der Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen im Juni 2007 und der Spaltung in zwei weitgehend getrennte Teile Palästinas nur unwesentlich geändert. Während die Hamas im Gazastreifen ihre Machtbasis konsequent und mit allen legalen und auch illegalen Mitteln ausbaut, geht die Fatah in der Westbank ebenso vor. Diese Spaltung hat inzwischen Ausmaße angenommen, welche nicht nur den gesamten „Friedensprozess“ in Frage stellen sondern auch destabilisierende Auswirkungen auf die gesamte Region haben. Zusätzlich birgt die infolge des internationalen Boykotts gegen die Hamas (und in seinen Auswirkungen auch gegen die Bevölkerung im Gazastreifen) entstandene humanitäre Katastrophe im Gazastreifen immense Sprengkraft in sich. Die von manchen internationalen Politikern und Experten verfolgte Strategie einer getrennten ökonomischen Entwicklung zwischen Gaza („Hamastan“) und der Westbank („Fatahstan“) ist höchst riskant und destabilisierend. Auch der vom Nahost-Quartett unter Druck der EU installierte Temporary International Mechanism“ (TIM), mit Hilfe dessen unter Umgehung der Hamas-Institutionen direkte finanzielle Hilfe an Personen und Institutionen im Gazastreifen kanalisiert wurde, hat hier nur eine geringfügige Verbesserung gebracht.

Abschließend sei noch auf eine drohende Konfrontation zwischen Fatah und Hamas verwiesen, die aus Sicht des Autors dringendes Handeln der Internationalen Staatengemeinschaft nötig macht: Nach Interpretation der Hamas der einschlägigen Bestimmungen des palästinensischen Wahlgesetzes läuft am 9.1.2009 die Amtsperiode von Präsident Mahmoud Abbas aus. (Er ist am 9.1.2005 gewählt worden.) Offensichtlich beabsichtigt die Fatah, zunächst keine Neuwahlen durchzuführen und die Amtsperiode um zumindest ein Jahr zu verlängern. Hier droht ein massiver Konflikt, der sich – wie manche Beobachter befürchten – zu einem neuerlichen gewaltsamen Machtkampf ausweiten kann. Hier besteht also ebenfalls dringender Handlungsbedarf. Angesichts der innenpolitischen Situation in den USA ist bis Frühjahr von dieser Seite kaum eine nennenswerte politische Initiative zu erwarten. Es liegt daher weitgehend an der EU, dieses temporäre Vakuum in Sinne der Vermeidung einer weiteren internen Eskalation in Palästina durch konkrete Initiativen zu nutzen. Da sich auch in Israel Neuwahlen im Frühjahr anbahnen, werden die nächsten sechs Monate eine höchst gefährliche Periode im israelisch-palästinensischen Konflikt darstellen. Umso wichtiger wären konstruktive europäische Initiativen wünschenswert.

Unterstützung für arabische Vermittlungsversuche

Die jüngste Ankündigung der ägyptischen Regierung, Fatah und Hamas zu neuerlichen Gesprächen einzuladen, welche eine politische Annäherung/Aussöhnung zum Ziel haben, hat die Notwendigkeit eines Dialoges zwischen den beiden palästinensischen Hauptfraktionen wieder in Erinnerung gebracht. In diesem Zusammenhang sei auf ähnliche arabische Vermittlungsversuche im Laufe der letzten zwei Jahre (Mekka-Vereinbarung vom 8.2.2007 nach der die Regierung der „nationalen Einheit“ gebildet worden ist – siehe dazu auch „After Mecca. Engaging Hamas. Middle East Report No. 62, crisis group. Gespräche im Jemen im März 2008; frühere Gespräche in Kairo) verwiesen.

Auch innerpalästinensisch existieren Versuche zur Versöhnung (z.B. „Dokument der Gefangenen“ vom 11.5.2006.) Der Autor dieses Positionspapier hat sich bei seiner jüngsten Palästina-reise im August dieses Jahre anhand zahlreicher Gespräche davon überzeugen können, dass der Ruf nach einer nationalen Aussöhnung vor allem bei

Unabhängigen und Linken ziemlich stark vertreten wird. Auf der einen Seite wird vehemente Kritik an Perspektivlosigkeit, Korruption und Erneuerungsunwilligkeit von Fatah sowie am Radikalismus und Islamismus von Hamas geübt. Inwieweit dies zur Bildung eines links-säkularen dritten Lagers führen wird, bleibt abzuwarten, auszuschließen ist dies nicht. Dass sich auch Persönlichkeiten, die für ihre kompromissbereite und tolerante Position bekannt sind, dieser dritten Position annähern bzw. diese vertreten, ist höchst bemerkenswert. Der bekannte palästinensische Intellektuelle und Präsident der Al-Quds-Universität Dr. Sari Nusseibeh ist zweifellos dieser dritten Gruppe zuzuzählen. Insofern ist sein jüngstes in der Frankfurter Rundschau veröffentlichtes Interview durchaus paradigmatisch:

Frage: „Sie plädieren für Auflösung der Autonomie-Regierung?“

Nusseibeh: „Es ist überfällig, sie aufzulösen. Dann wird die PLO, die Palästinensische Befreiungsbewegung, reaktiviert.“

Frage: „Gäbe es nicht die Autonomie-Regierung, fiel die internationale Hilfe flach. Darunter zu leiden hätten die Palästinenser.“

Nusseibeh: „Die Amerikaner und die Europäer sollen ruhig ihr Geld an uns stoppen. Sechs Milliarden Dollar hat die internationale Gemeinschaft seit dem Osloer Prozess an uns gezahlt, und wir haben noch immer keinen Staat. Die Finanzhilfe hat uns nur korrumpiert. Heute haben wir 160.000 öffentliche Bedienstete, die Hälfte davon bei der Polizei. Ich habe keinen Schimmer, was die tun. Wir haben nicht mehr, sondern weniger Sicherheit ... Die Amerikaner reden von Demokratie. Aber als die Hamas die Wahlen gewonnen hat, haben sie palästinensische Einheiten für einen Coup d'Etat trainiert. Auf dass wir gegeneinander kämpfen?“...

Frage: „Tony Blair, der Beauftragte des Nahost-Quartetts, glaubt, verbesserte palästinensische Wirtschaftsbedingungen bereiten den Boden für Frieden.“

Nusseibeh: „Es ist eine Schande, was Blair hier treibt, die Ausgaben für hohe Gehälter und teure Büros seines Teams. Ihr Europäer finanziert bloß die Besatzung. Hört auf damit!“

In diesem Zusammenhang sei eine neue, höchst interessante, innerpalästinensische Initiative erwähnt: Im August hat eine Gruppe bekannter Intellektueller aus Palästina und aus der palästinensischen Diaspora („The Palestine Strategy Study Group“) einen

umfangreichen Bericht vorgelegt, der sich unter anderem ebenfalls für eine nationale Einheit als Voraussetzung für einen erfolgsversprechenden Friedensprozess ausspricht.

Europa sollte sich diesem Prozess anschließen. Und zwar in einer Weise, die bestimmte Positionen (Verzicht auf Terror, Anerkennung von Menschenrechten und Rechtstaatlichkeit u.ä.) aufrechterhält, aber die „berühmt-berüchtigten“ drei Forderungen (1. Anerkennung des Existenzrechtes Israels. 2. Absage an jegliche Gewalt und sofortige Einstellung militärischer Angriffe auf Israel. 3. Anerkennung aller bisher abgeschlossenen Verträge zwischen Israel und den Palästinensern.) nicht als Voraussetzung für politische Kontakte definiert. Eine politische Unterstützung der Gespräche zwischen Fatah und Hamas sollte schließlich in eine Phase des vorsichtigen Dialoges mit Hamas (siehe französische Politik) – bei gleichzeitiger Intensivierung und Fokussierung der laufenden Kontakte mit der Fatah - münden.

Das langfristige Ziel der europäischen Palästinapolitik sollte letztlich darin bestehen, einen konkreten Beitrag zur Aussöhnung von Fatah und Hamas sowie zur Schaffung und – im Erfolgsfalle – die massive Unterstützung einer neuen Regierung der „nationalen Einheit“ zu leisten. Die europäische Nahostpolitik sollte – im Gegensatz zur US-amerikanischen – von einer wirklichen Neutralität und Nicht-Einmischung charakterisiert sein.

Basisliteratur

Helga **Baumgarten**: Hamas. Der politische Islam in Palästina. München (Diederichs Verlag) 2006.
(Enthält auch die Charta und das Wahlprogramm 2006 der Hamas).

Joseph **Croitoru**: Hamas, Der islamische Kampf im Palästina. München (C.H. Beck Verlag) 2007.

Walter **Feichtinger**, Sibylle **Wentker** (Hrsg.): Islam, Islamismus und islamischer Extremismus. Eine Einführung. Wien (Böhlau) 2008. Darin vor allem: Clemens **Stiglechner**: Die palästinensische Hamas.

Predrag **Jurekovic**, Walter **Feichtinger** (Hrsg.): Religiöser Extremismus vs. Internationale Friedensbemühungen. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 8/2008. Wien, August 2008.

Azzam **Tamimi**: Hamas. Unwritten Chapters. London (Hurst&Company) 2007.

Konkrete Vorschläge:

- Unterstützung der arabischen Initiativen (Kontakte über Arabische Liga aber auch Ägypten, Saudi-Arabien). – Ev. österreichische Fact-Finding-Mission (organisiert über NGOs).
- Vorsichtige Annäherung an Hamas (über neutrale Dritte, über NGOs etc.) – Aufnahme eines indirekten Dialoges. Parallel sollten auf jeden Fall auch entsprechende Kontakte zu Fatah sowie auch zu palästinensischen Unabhängigen gepflegt werden.
- Ev. auch Organisation von Fatah-Hamas-Kontakten in Europa (dezent, neutral, geheim). Auch hier sollten unabhängige Palästinenser – gewissermaßen als Katalysatoren – beigezogen werden.
- Schrittweise Lockerung der Sanktionen. Dies sollte aber bereits im Laufe des vorhin beschriebenen Prozesses implementiert werden. (Nach dem Zuckerbrot-und-Peitsche-Prinzip).

Zeittafel

- 9.1.2005
Wahl zum Präsidenten der Palästinensischen Autonomie.
Mahmoud Abbas erhält 62,32% und Mustafa Barghouti 19,80%, von den restlichen fünf Kandidaten erhielt keiner mehr als 3.5%.
- 25.1.2006
Wahl zum Legislativrat. Wahlsieg der Hamas-Liste „Veränderung und Reform“ (Change and Reform): Hamas-Liste erhält 44,45% und 74 Sitze,
Fatah erhält 41,43% und 45 Sitze von insgesamt 132 Sitzen.
- 8.2.2007
Vereinbarung von Mekka.
- 15.3.2007
Bildung der Regierung der „Nationalen Einheit“.
- 14.6.2007
Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen und Auflösung der Regierung der „Nationalen Einheit“ durch Präsident Mahmud Abbas.

Dieses Positionspapier wurde im Rahmen eines Forschungsprojektes des „Internationalen Institutes für Liberale Politik“ verfasst. Wien, 5.11.2008

Fritz Edlinger ist Generalsekretär der „Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen“ (GÖAB) und Herausgeber der Zeitschrift INTERNATIONALE.

Seine E-Mail-Adresse: f.edlinger@saar.at.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und proeuropäischer Think-Tank für Österreich.

Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.

Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

Impressum:

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für liberale Politik Wien
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter
Alle: Custozzagasse 8/2, 1030 Wien
Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. Kurz GmbH, A-8682 Hönigsberg